

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Schmidt (Nürnberg), Adler, Bachmaier, Becker-Inglau, Blunck, Börnsen (Ritterhude), Bulmahn, Conrad, Dr. Däubler-Gmelin, Duve, Faße, Fuchs (Köln), Fuchs (Verl), Ganseforth, Dr. Götte, Hämmerle, Dr. Hartenstein, Dr. Holtz, Kuhlwein, Luuk, Dr. Martiny, Matthäus-Maier, Dr. Niehuis, Odendahl, Peter (Kassel), Renger, Schröer (Mülheim), Seuster, Dr. Sonntag-Wolgast, Dr. Skarpelis-Sperk, Dr. Soell, Steinhauer, Stiegler, Terborg, Dr. Timm, Traupe, Weiler, Dr. Wegner, Weyel, Wieczorek-Zeul, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Schmidt (Nürnberg), Adler, Bachmaier, Becker-Inglau, Blunck, Börnsen (Ritterhude), Bulmahn, Conrad, Dr. Däubler-Gmelin, Dr. Dobberthien, Duve, Faße, Fuchs (Köln), Fuchs (Verl), Ganseforth, Dr. Götte, Hämmerle, Dr. Hartenstein, Kuhlwein, Luuk, Dr. Martiny, Matthäus-Maier, Dr. Niehuis, Odendahl, Peter (Kassel), Renger, Schröer (Mülheim), Seuster, Simonis, Dr. Skarpelis-Sperk, Dr. Soell, Steinhauer, Stiegler, Terborg, Dr. Timm, Traupe, Weiler, Weyel, Wieczorek-Zeul, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
– Drucksachen 11/2210, 11/3580 –

Menschenhandel mit ausländischen Mädchen und Frauen, sogenannte Heiratsvermittlung und Prostitutionstourismus

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Menschenverachtende Geschäftemacherei mit Frauen und Mädchen aus armen Regionen der Welt, insbesondere Entwicklungsländern, wird bereits seit Jahren – auch in der Bundesrepublik Deutschland – betrieben. Frauen, die sich in großer wirtschaftlicher Not befinden und häufig für die Existenzsicherung ihrer Familie zu sorgen haben, werden mit falschen Versprechungen von „Einschleuser“-Organisationen oder sog. Heiratsvermittlungsagenturen in die Bundesrepublik Deutschland gelockt. Hier werden sie zur Prostitution gezwungen, in anderen Formen des Sexgewerbes ausgebeutet oder in menschenverachtender Weise von sog. Heiratsvermittlungsagenturen vermarktet. Ohne Kenntnis der Lebensumstände in der Bundesrepublik Deutschland und der deut-

schen Sprache sind die Frauen – häufig über Jahre – hilflos der Gewalt und Repression der Geschäftemacher oder vielfach auch des vermittelten Ehemannes ausgesetzt.

II. Die Bundesregierung bestätigt zwar in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD „Menschenhandel mit ausländischen Mädchen und Frauen, sog. Heiratsvermittlung und Prostitutionstourismus“ – Drucksache 11/3580 – die Unterdrückung und den Mißbrauch der betroffenen ausländischen Frauen und Mädchen, bietet aber kein ausreichendes Konzept zur Lösung der Probleme. Insbesondere wird sie mit der von ihr verfolgten Abschiebepolitik nicht den Opfern dieser internationalen Kriminalität gerecht, noch wird sie dadurch den Menschenhandel wirksam bekämpfen können. Erforderlich sind vielmehr zusätzliche gesetzliche Maßnahmen gegen den Handel und die Vermarktung von Frauen, die sich gegen die Geschäftemacher richten, und Hilfestellung und Schutz für die betroffenen Opfer.

III. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert,

1. im Wege einer veränderten Entwicklungspolitik, die sich stärker an den Bedürfnissen von Frauen ausrichtet, darauf hinzuwirken, daß die Ursachen für den Menschenhandel mit Frauen und Prostitutionstourismus in den entsprechenden Ländern beseitigt werden. Dies erfordert, daß entwicklungspolitische Projekte in größerem Maße auf die Existenzsicherung, Selbständigkeit und verbesserte berufliche Qualifizierung von Frauen zielen;
2. Nicht-Regierungsorganisationen und Frauenprojekte finanziell und politisch zu unterstützen, die sich in den entsprechenden Ländern den Problemen von Frauen und vor allem Frauen, die Prostitution nicht mehr ausüben wollen, annehmen;
3. durch die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland und gezielte Öffentlichkeitsarbeit in den entsprechenden Ländern, die Informationen über die Praktiken beim Menschenhandel mit Frauen sowie die Beratung von evtl. betroffenen Frauen zu verbessern;
4. Kontaktzentren und andere Anlaufstellen in der Bundesrepublik Deutschland für die bereits in die Prostitution und das sonstige Sexgewerbe geratenen ausländischen Frauen verstärkt zu unterstützen;
5. den Frauen als Leidtragende und Opfer dieser menschenverachtenden Kriminalität Schutz und Hilfe zu gewähren, insbesondere durch Ermöglichung einer zukünftigen Existenzsicherung etwa durch Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme in der Bundesrepublik Deutschland und in den betroffenen Ländern;
6. die Kriminalität des Menschenhandels wirksam zu bekämpfen, indem

- die Bereitschaft der betroffenen Ausländerinnen zur Anzeige und Aussage in Strafverfahren gegen die Anwerber oder Zuhälter durch Gewährung von Aufenthaltsrecht mindestens für die Dauer des Strafprozesses und eine evtl. Berufsqualifizierung erhöht wird,
 - wirksame gesetzliche Regelungen geschaffen werden, insbesondere gewerberechtliche Auflagen für die Heiratsvermittlung von Ausländerinnen eingeführt werden;
7. eine wirksame rechtliche Handhabe gegen frauenerniedrigende „Heiratsanzeigen“ und Werbung für Sexreisen zu schaffen;
8. ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für mit Deutschen verheiratete und geschiedene ausländische Frauen zu schaffen.

Bonn, den 8. März 1989

Schmidt (Nürnberg)
Adler
Bachmaier
Becker-Inglau
Blunck
Börnsen (Ritterhude)
Bulmahn
Conrad
Dr. Däubler-Gmelin
Duve
Faße
Fuchs (Köln)
Fuchs (Verl)
Ganseforth
Dr. Götte
Hämmerle
Dr. Hartenstein
Dr. Holtz
Kuhlwein
Luuk
Dr. Martiny

Matthäus-Maier
Dr. Niehuis
Odendahl
Peter (Kassel)
Renger
Schröer (Mülheim)
Seuster
Dr. Sonntag-Wolgast
Dr. Skarpelis-Sperk
Dr. Soell
Steinhauer
Stiegler
Terborg
Dr. Timm
Traupe
Weiler
Dr. Wegner
Weyel
Wieczorek-Zeul
Dr. Vogel und Fraktion

